

FPO

FREIHEITLICHER
GEMEINDE

KURIER

NIEDERÖSTERREICH

ST. PÖLTEN

FPÖ-Erfolg für unsere Bevölkerung: Wachzimmer kommt!



Der jahrelange Einsatz von GR Klaus Otzelberger
für ein Wachzimmer am Bahnhof hat sich gelohnt!

www.otzelberger.com
www.fpoe-sankt-poelten.at

POLITIK MIT
HAUSVERSTAND

Endlich: Jahrelange FP-...

St. Pölten: Täterin sticht mit Messer auf Mädchen (16) ein

Faksimile: „Heute“ vom 19.02.2015 Seite 14

Bluttat am St. Pölten Streit unter Ju-
sser verletzt.

Die FPÖ St. Pölten fordert seit Jahren ein Wachzimmer am Bahnhof – nach viel zu vielen Verbrechen wacht die SPÖ endlich auf. Jahrelange Bemühungen der FPÖ St. Pölten fruchten im Endeffekt. Zur Erinnerung: Sie fordert bereits seit Jahren die Wiedereröffnung einer eigenen Polizeidienststelle am Hauptbahnhof St. Pölten. Auch mehr Polizeipräsenz wird gefordert.

Der jahrelange Druck der St. Pöltner FPÖ zeigt nun endlich Wirkung und hat die SPÖ aufgeweckt: In der Gemeinderatssitzung am 23.2.2015 wurde eine gemeinsame Resolution aller Parteien beschlossen,



NÖ-weite Unterschriftenaktion und...

Bei Schüler- und Kindergartenkindertransporten ereignen sich in Österreich erschreckend viele Verkehrsunfälle, bei denen Kinder teilweise schwer verletzt werden und im schlimmsten Fall ihr Leben verlieren. Vor allem auch deshalb, weil hier keine ausreichenden gesetzlichen Regelungen zur Sicherung der Kinder bei den Transporten zum Kindergarten und zur Schule bestehen.

Vierzig verletzte Kinder bei Unfällen mit Schülertransporten im Jahr sind vierzig zu viel, von den 'Beinaheunfällen' und Not-

vollbremsungen gar nicht zu sprechen. Es kann und darf nicht sein, dass in Linienbussen 3 Kinder als 2 gezählt werden, was heißt, dass eines davon keinen gesicherten Sitzplatz während der Fahrt zur Verfügung hat. Fahrlässig ist auch die im Kraftfahrgesetz normierte Ausnahme der Kindersicherungspflicht bei Transporten durch private Unternehmer im Gelegenheitsverkehr.

Hier ist die Benützung von geeigneten Sicherungsvorrichtungen und Rückhalteeinrichtungen nur dann vorgeschrieben, wenn diese im Fahrzeug auch vorhanden sind. Da ist sofort die gesetzliche Regelung zu

implementieren, dass für jedes beförderte Kind diese Einrichtungen vorhanden sein müssen, analog der Kinderbeförderung im privaten Pkw.

Da für uns die Sicherheit der Kinder oberstes Gebot ist, wird der Freiheitliche Klub im NÖ Landtag einen dementsprechenden Antrag dazu einbringen. Dazu haben wir auch die 'Initiative zur Erhöhung der Sicherheit bei Kindertransporten' als Unterschriftenaktion gestartet, um den Gesetzgeber endlich zu einer Reform zu bewegen.

Unsere Forderung nach einem eigenen Sitz-



LAbg. Erich Königsberger setzt sich für mehr Sicherheit bei Kindertransporten ein!

Forderung erfüllt!



Innenministerin Mikl-Leitner akzeptiert FP-Forderung: Wachzimmer am Bahnhof kommt!

„Mit Rassismus hat das nichts zu tun, sondern mit Realismus, Herr Stadler!“

die alle Forderungen des FPÖ Dringlichkeitsantrages an den Gemeinderat enthält.

Innenministerin Mikl-Leitner akzeptiert die FP-Forderung nach einem Wachzimmer am Bahnhof. Nun soll diese schnellstmöglich umgesetzt werden.

„Ich glaube, dass man vor Fehlentwicklungen die Augen nicht verschließen darf und Fakten offen, direkt und ehrlich ansprechen muss. Sowohl an den Messerstechereien im Dezember und im Februar, wie auch beim Vorfall im Stadtpark, bei dem sogar mit einer Pistole hantiert wurde, waren nur Asylwerber bzw. Asylanten beteiligt“, so der FPÖ-Stadtparteiobmann Mag. Klaus Otzelberger. „Es war ein großer Fehler, so viele Asylwerber in St. Pölten unterzubringen.“

„Mit Rassismus hat das nichts zu tun, sondern mit Realismus, Herr Stadler! Kritik wird nur an jenen geübt, die straffällig werden. Herr Stadler bitte verdrehen Sie nicht absichtlich die Tatsachen und beenden Sie endlich die Hetze gegen die FPÖ!“

Antrag im NÖ Landtag



platz für jeden Schüler in Schulbussen und im öffentlichen Linienverkehr, nach einer Sicherungsmöglichkeit auf jedem Sitzplatz, als auch die verpflichtende Vorschrift von Sicherungs- und Rückhalteeinrichtungen bei Transporten von Schülern und Kindergartenkindern durch private Omnibusse für jedes beförderte Kind wurde von uns bereits 2011 im NÖ Landtag eingebbracht und einstimmig angenommen – die Absage der Umsetzung durch die damalige Ministerin Bures erfolgte mit lapidaren Ausreden – ich fordere vom Verkehrsminister erneut den Schutz unserer Kinder – sonst sind diese Herrschaften der rot/schwarzen Bundesregierung für jedes verletzte oder getötete Kind persönlich verantwortlich.

www.sicherheit-bei-kindertransporten.at



Stadtparteiobmann
GR Mag. Klaus OTZELBERGER
0676 / 433 40 45
klaus@otzelberger.com
www.otzelberger.com

Kommentar

Wir fordern es seit Jahren: Ein Wachzimmer am Bahnhof und mehr Polizeipräsenz. Das im dortigen Bereich auftretende Unsicherheitsgefühl der St. Pöltner kommt ja nicht von irgendwo her. Eine Gewalttat nach der anderen, und die SPÖ blieb viel zu lange untätig.

Das letzte Verbrechen hat die SPÖ-St. Pölten allerdings aufgeweckt: In der Gemeinderatssitzung wurde endlich eine gemeinsame Resolution aller Parteien beschlossen, die alle FP-Forderungen umsetzt. Aber: Muss immer erst das Schlimmste eintreten bis rote und schwarze Politiker aktiv werden? Warum werden freiheitliche Forderungen jahrelang ignoriert, wenn nicht sogar diffamiert? Ja, wir sprechen Fehlentwicklungen direkt, offen und ehrlich an. Und wir suchen Lösungen. Die Augen verschließen wir aus politisch korrekten Gründen ganz sicher nicht. Messerstechereien, Pistoleneinsatz und Gewalt gegen Leib und Leben sind die Fakten. Mit Rassismus hat das nichts zu tun. Kritik wird nur an jenen Fremden geübt, die gegen unsere Rechtsordnung verstößen. In Österreich sitzen überdurchschnittlich viele Ausländer im Gefängnis, jeder zweite Häftling ist kein Österreicher. Die rechtschaffenden, arbeitenden Zuwanderer, die sich integriert haben und Teil unserer Gesellschaft geworden sind, dürfen nicht in Misskredit gebracht werden. Sollen wir Fehlentwicklungen verschweigen, damit die Multikultiträume der Gutmenschen nicht beschädigt werden? Rot & Grün macht es sich leicht und stempelt uns dann als Rassisten ab. Wäre es nicht an der Zeit endlich gemeinsam Lösungen für diese vorhandenen Probleme zu finden und die Hetze gegen die FPÖ zu beenden? Dann können auch die Probleme in unserer Stadt bewältigt werden. Wir helfen gerne dabei!

Domplatz:**Rot macht Parkplatznot!**

Nachdem die SPÖ den Domplatz schon vor Jahren parkplatzfrei machen wollte, hat Gemeinderat Otzelberger 2011 als Erster eine Bürgerbefragung gefordert. Dann änderte die SPÖ St. Pölten ihre Meinung und es hieß: "Parkplätze am Dom bleiben". Nun ist abermals eine Reduktion der Parkplätze auf weniger als die Hälfte geplant.

Gemessen an der Einwohnerzahl, ist unsere Fußgängerzone in St. Pölten schon jetzt eine der größten in ganz Österreich. Studien in Deutschland, Frankreich und der Schweiz belegen, dass Parkplätze, die weiter als fünf Minuten von den Geschäften entfernt sind, von den Leuten nicht mehr angenommen werden. Die ebenfalls zentrale Rathausgarage ist nur eingeschossig und deshalb sehr schnell voll. Ältere Menschen und viele Frauen bevorzugen es außerdem auf einem Oberflächenparkplatz zu parken. Dass der zentrale Domplatz von Innenstadtbesuchern gerne als Parkplatz genutzt wird und es einen Bedarf für viele Parkplätze am Domplatz gibt, merkt man daran, dass dort immer sehr viele Autos parken. Gerne wird das Argument verwendet, dass an Markttagen auch keine Parkplätze am Domplatz vorhanden sind und sich trotzdem viele Besucher in der Stadt tummeln. Markttage sind an zwei Tagen in der Woche eine besondere Attraktion und locken viele Besuchern aus dem ganzen Bezirk an, das ist mit normalen Einkaufstagen nicht vergleichbar. Durch die Reduktion auf weniger als die Hälfte der derzeitigen Parkplätze, verliert die Innenstadt wichtige zentrale Stellplätze. Für eine florierende Innenstadt ist es unbedingt notwendig mehr Parkplätze am Domplatz zu erhalten.

GR Klaus Otzelberger

FP-Forderung: Wirtschaftsstandort St. Pölten aufwerten!

Welcher Unternehmer kennt das nicht: die Vergrößerung der bestehenden Firma oder auch Eröffnung eines neuen Standortes und schon ist man mitten drin in einem Labyrinth voller Vorgaben seitens der Behörde.



Viktor Hinteregger: „Wir fordern weniger Bürokratie, um die St. Pöltner Wirtschaft anzukurbeln!“

Dies ist auch in St. Pölten leider Realität, oder wie kann es sein, dass eine Betriebsanlagengenehmigung eines eingesessenen St. Pöltner Unternehmers mehr als ein Jahr benötigt? Schon die Bundesregierung hat in ihrer letzten Regierungsklausur erkannt, dass hier rasch Handlungsbedarf besteht. Man denke nur an die Vorschläge zur vereinfachten Anmeldung zu Gewerben ohne Betriebsstätte mittels E-Government.

Will man in Zukunft mehr und neue Unternehmen nach St. Pölten bringen oder auch bestehenden Unternehmen bei Erweiterungen helfen, so sind unbedingt Verein-

fachungen in der Verwaltung in Form von universellen Anlaufstellen erforderlich.

Die FPÖ St. Pölten fordert ein One-Stop-Shop-System anstatt First-Stop-Shop, wie es auf der St. Pöltner Homepage heißt. Das ist eine Anlaufstelle, die Neuansiedlungen und auch Betriebsanlagengenehmigungen (mit Bau- sowie Feuerpolizei, Gewerberecht, Arbeitnehmerschutz) an einem Ort vereint. Dies ist im Interesse aller und würde den Standort St. Pölten erheblich aufwerten und stärken.

Viktor Hinteregger

Einladung zur 1 x im Monat

genaue Termine immer auf www.otzelberger.com

Entwickeln wir St. Pölten Innenstadt zu einem „florierenden Einkaufscenter“

In den letzten Jahren haben sich österreichische Innenstädte stark verändert. Die Fußgängerzonen sind größer geworden, viele Parkplätze sind verschwunden und die Einkaufszentren haben davon profitiert.



Martin Antauer: „Eine erfolgreiche Innenstadt braucht einen gesunden Mix aus Geschäften und Kundefrequenz. Dies ist aber nur bei ausreichend Parkmöglichkeiten gegeben.“

Diese Fehlentwicklung der Innenstädte ist auch in St. Pölten unter sozialistischer Regierung passiert. Erst vor wenigen Jahren ist die Fußgängerzone erweitert worden, obwohl es in St. Pölten Innenstadtviertel gibt, die immer noch nicht funktionieren, zum Beispiel die Linzer Strasse. Auch die Grabungen am Domplatz, die noch jahrelang Millionen verschlingen werden, sind nicht gerade förderlich.

Eine erfolgreiche Innenstadt braucht einen gesunden Mix an Geschäften, diese benötigen Kunden-Frequenz. Viele St. Pöltner Kunden aber auch Kunden aus dem Bezirk meiden schon viele Jahre die St. Pöltner Geschäftsstraßen, da es immer weniger Parkmöglichkeiten gibt und man in den Einkaufszentren kostenlos parken kann.

Verwandeln wir die St. Pöltner Innenstadt in ein „florierendes Einkaufscenter“ mit kostenlosen Parkplätzen und Attraktionen für Familien, Pensionisten und Jugendliche.

Ich schlage ein neues System vor, das auch der Innenstadt in Linz zu mehr Schwung verholfen hat. Schaffen wir eine Gutscheinmünze für 1 Stunde kostenloses Parken in der Kurzparkzone, die von der Stadt St. Pölten an die Geschäftsleute/Lokalbesitzer um einen kostengünstigeren Betrag als den normalen Kurzparkzonen-Tarif abgegeben wird.

Die Geschäftsleute/Lokalbesitzer können dann ihren Kunden diese Gutscheinmünzen aushändigen. Außerdem forde-

re ich für eine Belebung der Innenstadt Gratisparken an einem Nachmittag pro Woche – auch so könnte die Innenstadt mehr neue Kunden anlocken und frischen Wind in die Stadt bringen. In der Tiefgarage am Rathausplatz gibt es bereits für Innenstadtkunden eine Rückvergütung der Parkkosten, diese ist jedoch meistens voll und reicht nicht aus. Erweitern wir mit diesem Gutscheinmünzen-System das kostenlose Parken für die Innenstadtkunden auch auf die Kurzparkzone.

Wünschenswert und dringend notwendig ist auch die Belebung der Verbindung Innenstadt und Landhaus.

Martin Antauer

„Wirtshausrunde“

Wir freuen uns auf einen gemütlichen Abend mit Themen aus Gemeinde-, Landes- und Bundespolitik. Selbstverständlich sind auch Eure Freunde, Bekannten, Verwandten sowie alle politisch Interessierten herzlich willkommen.

mit freiheitlichen Grüßen GR Mag. Klaus Otzelberger



Unsere Stadt und das Asylproblem!

Immer mehr Menschen suchen in Österreich um Asyl an. Laut der Dublin III Verordnung muss jeder Flüchtling im ersten sicheren Land um Asyl ansuchen. Da Österreich nur von sicheren Ländern umgeben ist, ist es nicht nachvollziehbar, warum tausende von Flüchtlingen, die ja angeblich nur Schutz suchen, nicht gleich im ersten sicheren Land um Asyl ansuchen. Kaum sind sie hier, die Einreise erfolgt übrigens in der Regel illegal, werden sie von diversen Betreuungseinrichtungen instrumentalisiert und instruiert, wie man Sozialleistungen richtig ausschöpft. Anders ist es kaum zu erklären, dass Menschen, die angeblich aus den ärmsten und gefährlichsten Gebieten der Welt kommen, sofort nach Komfortzimmern mit Gratis-Internet und Flatscreens verlangen. Übrigens: Vor der Syrien-Krise wurden 80% aller Asylanträge in Österreich abgelehnt, da es sich bei den meisten um reine Wirtschaftsflüchtlinge handelt!



Roman Schöbel: „Das Bild der vor Krieg flüchtenden Familie entspricht nicht der Realität: Die absolute Mehrheit der Asylwerber sind junge Männer, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Österreich kommen. Steigende Kriminalität und steigende Kosten für den Steuerzahler sind die Folge!“

Kriegsflüchtlingen muss geholfen werden, jedoch ist Asyl nur ein Recht auf Zeit, so lange im angestammten Land der Flüchtlinge Krieg herrscht. Asyl darf nicht von Wirtschaftsflüchtlingen ausgenutzt werden, um nach Österreich einzuwandern und unser Sozialsystem auszunützen. Der österreichische Staat - und somit auch seine Steuerzahler - müssen diese Menschen finanzieren. Alleine die Kosten für die Bearbeitung eines Asylantrags kostet den Steuerzahlern 1475 Euro! Im Jahr 2014 wurden rund 28.000 Asylanträge, das sind 60%(!) mehr als im Jahr 2013, in Österreich gestellt - hochgerechnet ergibt sich daraus die stolze Summe von 41,3 Mio. Euro! Diese Kosten entstehen nur den Behörden für die Bearbeitung der Asylanträge. Da sind Kosten der Unterbringung, Verpflegung, der gesetzlichen Sozialversicherung und weitere Sozialleistungen für die Asylwerber noch gar nicht eingerechnet.

Da der Ansturm auf Österreich ungebrochen ist und es sich aufgrund der Sozialleistungen bei uns ja gut leben lässt, wird 2015 ein neues Rekordhoch erreicht werden! In NÖ erfolgt die Unterbringung dieser Asylwerber in organisierten sowie auch privaten Unterkünften, in Zusammen-

arbeit des Landes mit den Gemeinden. Besonders St. Pölten hat dank des neuen Zuteilungsschlüssels mit einem massiven Zuwachs an Asylwerbern zu rechnen (pro 100 Einwohner 2 Flüchtlinge, d.h. über 1000 Asylwerber für St. Pölten). Mittlerweile hat unsere Landeshauptstadt mit 52301 Einwohnern geschätzten 450 Asylwerbern Unterkunft gegeben – genaue Zahlen werden unter Verschluss gehalten.

Laut Statistik Austria (Stand 01.01.2014) leben in St. Pölten insgesamt 6920 Fremde, das sind Personen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben. Das ergibt einen Fremdenanteil von satten 13,5%! Ein Anstieg der Straftaten und ein massives Kriminalitätsproblem in Zusammenhang mit diesem Zustand ist in St. Pölten klar zu erkennen, wird jedoch von der SPÖ verleugnet. Im Kurier vom 30. Oktober 2014 wird der Raum St. Pölten sogar schon als Dschihad-Hotspot bezeichnet. Messerstechereien, Schlägereien und andere Gewalttaten sind die Folgen. Auch ein Florieren des Drogenhandels, speziell im Bahnhofsgebiet St. Pölten, ist das Resultat. Der amtierende SPÖ-Bürgermeister Stadler, sieht mit der steigenden Kriminalität jedoch keinen Zusammenhang mit den gewachsenen Asyl- und Fremdenzahlen.

Es ist Tatsache, dass die brutalen Gewalttaten am Bahnhof von tschetschenischen Asylwerbern verübt wurden - Pistole, Messer und Schlagring gehören anscheinend zur Grundausstattung dieser Personen, die ja angeblich nur Schutz in Österreich suchen. Und was macht Herr Bürgermeister Stadler, der die Interessen der St. Pöltner vertreten sollte? Er nimmt die Ängste der Bürger nicht ernst und bleibt viel zu lange untätig! Die bereits verängstigte Bevölkerung wird von Seiten der SPÖ nicht nur belogen, nein sie wird auch noch für dumm verkauft. Das System "Asyl für Wirtschaftsflüchtlinge" wird allerdings verteidigt und weiter gefördert - alles auf dem Rücken der St. Pöltner. Wenn man dieses System dann aufzeigt und richtigerweise kritisiert, wird man von der SPÖ und den Grünen sofort als Rassist oder Schlimmeres beschimpft.

Man braucht jedoch nur die Augen zu öffnen und bewusst durch St. Pölten zu gehen - jeder kann sich selbst ein Bild von diesen Zuständen machen. Mittlerweile hat man ein mulmiges Gefühl, wenn man sich durch die Stadt bewegt - vor allem nachts.

Roman Schöbel

GR Klaus Otzelberger fordert: Leistbare Gemeindewohnungen!

Miete und die Kaution muss reduziert werden!

Gemeindewohnungen sind dazu da, um auch Familien, Alleinverdienern oder Bürgern mit einem geringen Einkommen für wenig Geld ein lebenswertes Wohnen zu ermöglichen. Derzeit können sich viele Menschen eine Gemeindewohnung nicht leisten, da St. Pölten im nö. Städtevergleich mit 6 Bruttomonatsmieten Kaution am teuersten ist. Die SPÖ sieht jedoch keinen Handlungsbedarf. Für eine 69 m²-Wohnung ergeben sich monatliche Kosten von etwa 800 Euro (Miete 649 Euro, Strom und Heizung ca. 150 Euro mtl.) und ein Finanzbedarf bei Einzug von

mehr als 4.500 Euro! (6 Bruttomieten Kaution, erste Miete) Nachzulesen bei der gemeindeeigenen Immobilien GmbH St. Pölten.

Otzelberger fordert schon seit langem:

- 6 Bruttomieten Kaution sind zu viel: Die Kaution und auch die Miete für Gemeindewohnungen müssen reduziert werden – damit sich auch Familien, Alleinverdiener, junge Menschen und Bürger mit weniger Einkommen Gemeindewohnungen wieder leisten können!
- Leistbare Gemeindewohnungen als „Starterwohnungen“ für junge Sankt Pöltner!

Große Unterschiede bei Kautionen für Gemeindewohnungen

Faksimile: Heute vom 27.05.2014, Seite 16

SPÖ-Finanzspekulationen:

RLB NÖ klagt St. Pölten auf 67 Millionen

Spekulation mit Steuergeld: St. Pölten ignoriert das Limit

Faksimile: Heute vom 28.07.2009, Seite 10

Die SPÖ St. Pölten hat sich jahrelang auf hochriskante Millionen-Spekulationen eingelassen, da man damals noch an die wundersame Geldvermehrung glaubte. Nachdem die SPÖ-Zinswetten auf Franken-Basis aus dem Ruder gelaufen waren, entschied man sich Ende 2011 die RLB zu klagen. Die Stadt verlangt eine Rückabwicklung des Spekulationsgeschäfts und auch eine Rücküberweisung der geleisteten Zahlungen. Nun wendet sich das Blatt und die RLB NÖ selbst klagt St. Pölten auf 67 Millionen Euro!

Bürgermeister Stadler behauptete immer, dass die Opposition erst nach der Klage die Finanzspekulationen hinterfragt hätte. Das ist die Unwahrheit! Gemeinderat Otzelberger prangerte diese hochriskanten SPÖ-Spekulationen schon jahrelang an (siehe

Berichte aus 2009 in den Zeitungen NÖN, Heute, Kurier, Bezirksblatt etc.). Er war der Einzige in der Opposition – weder die ÖVP noch die GRÜNEN hatten das nötige Gefahrenbewusstsein. Otzelberger hat die SPÖ jahrelang vor diesen extremen Risiken auf Kosten der Steuerzahler gewarnt und schon damals einen Ausstieg gefordert. Der Rathaussprecher sprach dem blauen Gemeinderat 2009 noch die Sachkenntnis ab: „Die Stadt geht mit den in ihren Derivatgeschäften angelegten Risiken sehr bewusst um.“ Bürgermeister Stadler ignorierte diese Warnungen und führte St. Pölten auf die finanzielle Schlachtbank. Nun kann man nur hoffen, dass die Rechtsprechung zugunsten St. Pöltens entscheidet. Sonst sieht es sehr düster für die Steuerzahler aus, die diesen angerichteten Millionen-Schaden mit hohen Gebühren und Steuern in den nächsten Jahrzehnten bezahlen müssen.

GR Sommerrauer: Billige Senioren-tickets für LUP!



GR Peter Sommerrauer

0699 / 170 77 293

peter.sommerrauer@fpoe.at

„Eigentlich unverständlich, aber wahr: Was in den meisten Städten Österreichs selbstverständlich ist, gibt es in der Landeshauptstadt St. Pölten nicht. Für Senioren gibt es keine vergünstigte Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr.

GR Sommerrauer schwebt eine Jahreskarte nach dem Vorbild der Welser Linien vor:

Dort gibt es z.B. eine Jahreskarte zum Preis von 199 € mit Fahrertritt ab 08.00 Uhr. Zielgruppe sind ältere Personen, die nicht mehr darauf angewiesen sind, unbedingt während der Morgenspitze fahren zu müssen. Dafür werden sie mit einem besonders günstigen Tarif belohnt.

Außerdem soll älteren Personen, die vielleicht noch mit dem eigenen PKW mobil sind, der Umstieg auf das öffentliche Verkehrsmittel schmackhaft gemacht und somit neue Fahrgäste gewonnen werden. Ein Gewinn für alle!

**Senioren-
Jahresticket
für 199€**

Neuer FP-Vorstand: Für ein leistbares und lebenswertes St. Pölten!



GR Klaus Oztelberger und seine Mannschaft: v.l.n.r Thorsten Garn, Robert Zettel, Thomas Köhler, Gitti Wolf, Alexander Hell, Julia Kupka, Klaus Oztelberger, Udo Zickbauer, Erich Königsberger, Fritz Dutter, Jennifer Köhler, Martin Antauer, Viktor Hinteregger, Roman Schöbel, Karl Wurzer

GR Klaus Oztelberger
und sein FPÖ-Team
wünschen der St. Pöltnner
Bevölkerung frohe Ostern!

